



KOMMENTAR

Thema dieses Jahres war und ist die Personalstärke in der Landespolizei

Traditionsgemäß ist die Vorweihnachtszeit die Zeit, in der man innehält und die zurückliegenden Monate Revue passieren lässt. Ein gewerkschaftliches Fazit zu ziehen fällt mir in diesem Jahr nicht leicht. Einerseits, weil das Hauptthema Stellenabbau seit Jahren ein Dauerbrenner ist und andererseits, weil unsere Erfolge nach und nach der aktuellen gesellschaftlichen Entwicklung zum Opfer fallen.

Durch die verschiedensten Veranstaltungen, ob in den Kreisgruppen oder im politischen Raum, gelang es uns – der Gewerkschaft der Polizei – erstmalig seit langer Zeit, den Stellenabbau zu stoppen.

Ein Ergebnis, das uns alle hoffnungsvoll stimmte. Leider nur für kurze Zeit.

Jetzt offenbart uns die Flüchtlingskrise sehr schnell, wie schwach die Polizei wirklich aufgestellt ist. War-



tezeiten von einer Stunde und mehr auf die Polizei nehmen zu und wenn Einsätze und Demonstrationen anstehen, ist so mancher Revierleiter froh, dass er noch genug Personal findet, um EINEN Streifenwagen besetzen zu können.

Um hier auch mal eines deutlich auszusprechen; Schuld an dem fehlenden Personal in der Polizei sind nicht die Flüchtlinge, sondern die politischen Entscheidungsträger, die seit der Jahrtausendwende zugestimmt haben, die Polizei kaputtzusparen.

Man darf daher gespannt sein, wie die Parteien sich in ihren Programmen zur Landtagswahl 2016 des Themas Polizei und Innere Sicherheit annehmen werden. Schließlich sollte es doch Ziel aller demokratischen Parteien sein, eine funktionsfähige Polizei zu haben, die den An-

sprüchen der Bürgerinnen und Bürger des Landes hinsichtlich Innerer Sicherheit und polizeiliche Aufgabenerfüllung, aber auch den Ansprüchen des Personals auf gute Bezahlung, der Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie der Begrenzung der Arbeitsbelastung Rechnung trägt.

Ein Gradmesser einer guten gewerkschaftlichen Arbeit ist auch immer die Mitgliederstärke einer Gewerkschaft. Durch die JUNGE GRUPPE konnte in Zusammenarbeit mit den Kreisgruppen erreicht werden, dass eine hohe Anzahl von Anwärterinnen und Anwärtern sich für die Gewerkschaft der Polizei begeistern und als neue Mitglieder in der großen GdP-Familie begrüßt werden konnte. Zahlen von 90 Prozent Gewerkschaftsmitgliedern unter den Auszubildenden sind keine Unmöglichkeit, 100 Prozent sind vorstellbar. Ein herzliches Willkommen nochmals allen neuen Mitgliedern.

Dass wir als GdP eine starke Gewerkschaft und ein verlässlicher Partner durch das Berufsleben und darüber hinaus sind, ist für viele inzwischen selbstverständlich. Unsere Rentner und Pensionäre zeigen, dass ein Ende der beruflichen Aktivität eben nicht ein Ende der gewerkschaftlichen Aktivität bedeutet. Viele von ihnen engagieren sich weiterhin gewerkschaftlich und sind mit ihrem reichen Wissensschatz und ihren Erfahrungen ein verlässlicher Ansprechpartner für Jung und Alt.

Deshalb möchte ich mit Blick auf das Jahresende, auch im Namen des GdP-Landesvorstandes, allen Mitgliedern unserer Gewerkschaft der



GdP-Landesvorsitzender Christian Schumacher

Polizei Dank aussprechen. Dank für die vielfältige Unterstützung und die Bereitschaft, sich auch in nicht immer einfachen Zeiten als Gewerkschafter zu bekennen und zu engagieren.

Ich wünsche allen unseren Mitgliedern, Freunden und Helfern, Beschäftigten und deren Familien eine ruhige und besinnliche Weihnachtszeit und uns allen ein gesundes und erfolgreiches Jahr 2016.

Euer Christian Schumacher

HINWEIS

Änderungsmitteilung

Solltet Ihr umgezogen sein oder Eure Bankverbindung hat sich geändert bzw. Ihr habt eine neue Amtsbezeichnung erhalten, so meldet dies bitte der GdP-Landesgeschäftsstelle.

**Gewerkschaft der Polizei (GdP)
Landesbezirk M-V
Platz der Jugend 6, 19053 Schwerin
oder:
– per Fax an: 03 85-20 84 18 - 11
– per E-Mail: GdPMV@gdp-online.de**

Eure GdP-Landesgeschäftsstelle



Unterstützung der EAE Stern Buchholz

Mit finanzieller Unterstützung der GdP-Kreisgruppen LKA M-V, Rostock und Schwerin haben wir in der Erstaufnahmeeinrichtung Stern Buchholz den Kollegen/-innen eine Kaffeemaschine, Tassen und einen Wasserkocher übergeben können.



Herzlich willkommen

Nach der Begrüßung des Nacher-satzes 2. Laufbahngruppe 1. Einstiegsamt durch die dienstliche Leitung in der Polizeiinspektion Wis-mar, nutzte der KG-Vorsitzende Uwe Burmeister zusammen mit Sven Simonsen die Gelegenheit für eine kurze Vorstellung der Kreis-gruppe der Gewerkschaft der Poli-zei, der Mitglieder des Vorstandes und Vertrauensleute und der An-sprechpartner JUNGE GRUPPE.

Wir sprachen über Möglichkeiten, sich in der Interessenvertretung ein-zubringen und über die Mitglieder-betreuung. Als Begrüßungsabend soll es auf Vorschlag von Maria Arndt ein Kriminaldinner im Alten Speicher in Wismar geben. Auch die Landesjugendkonferenz am 19. und 20. 11. 2015 in Marlow kündigten wir schon an.

Uwe Burmeister

REDAKTIONSSCHLUSS

Redaktionsschluss für die Ausgabe Januar 2016 DEUTSCHE POLIZEI, Landesjournal M-V, ist der 5. 1. 2016. Die Redaktion behält sich das Recht der auszugswweisen Wiedergabe von Leser-zuschriften vor. Dieser Inhalt muss nicht in jedem Fall mit der Meinung der Re-daktion übereinstimmen. Für unver-langt eingesandte Manuskripte wird keine Garantie übernommen. Anonyme Zuschriften werden nicht veröffentlicht.

KG NEUBRANDENBURG

GdP-Betreuung

GdP-Betreuung fand auch am 26. 10. 2015 in Neubrandenburg statt.

Hier waren der Landesvorsitzende, Petra und Andreas am Rande der Ver-sammlungslagen unterwegs.



KG GREIFSWALD

Glückwunsch

„40 Jahre sind keine Bürde, freu dich drüber und trag sie mit Würde.“

Zu Deinem 40. Geburtstag wünschen wir unserem Kreisgrup-penmitglied Thomas Schröder alles Gute, viel Erfolg und zahlreiche wunderbare Momente im neuen Lebensjahr.

Der Vorstand der KG Greifswald



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe:
Landesbezirk Mecklenburg-Vorpommern

Geschäftsstelle:
Platz der Jugend 6
19053 Schwerin
Telefon: (0385) 20 84 18-10
Telefax: (0385) 20 84 18-11

Redaktion:
Verantwortlicher Redakteur
für das Landesjournal
Mecklenburg-Vorpommern
Marco Bialecki
Telefon: (03 85) 20 84 18-10

Post bitte an die
Landesgeschäftsstelle (s. oben)

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 37
vom 1. Januar 2015
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0949-2798

IN STILLER TRAUER

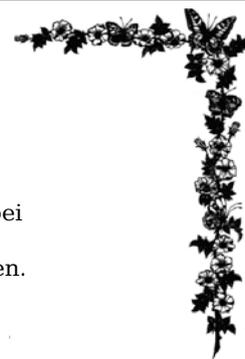
Nachruf

Am 27. August 2015 verstarb unser
langjähriges Mitglied

Heiko Knauer

Unsere Gedanken sind in diesen Tagen bei
seiner Familie.
Wir werden Heiko stets in Ehren gedenken.

Die Kreisgruppe der
GdP Nordwest-Mecklenburg



DER LANDESVORSTAND

Polizei hat die Grenzen ihrer Belastbarkeit überschritten – Schaffung von 500 zusätzlichen Stellen unabdingbar

In einem Schreiben an Ministerpräsident Erwin Sellering fordert der Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Christian Schumacher, 500 zusätzliche Stellen und dass dieser die Situation der Landespolizei zur Chefsache macht. Schumacher wörtlich: „Seit Jahren regiert in der Landespolizei Mecklenburg-Vorpommern der Rotstift. Der teilweise exzessive Personalabbau wurde seit 1999 mit sinkenden Einwohnerzahlen begründet.“

Dabei wird allerdings die zunehmende Beanspruchung der Polizei durch dramatische Steigerungsraten in bestimmten Deliktgruppen oder die Einsatzbelastung im Zusammenhang mit Fußballspielen oder dem Demonstrationsgeschehen weitestgehend ausgeblendet. Durch die aktuelle Flüchtlingskrise und die daraus resultierenden zusätzlichen polizeilichen Maßnahmen wird die von mir beschriebene Situation nochmals erheblich verschärft. Dieser von mir beschriebene Sparkurs hat inzwischen dazu geführt, dass die Landespolizei die Grenzen ihrer Belastbarkeit überschritten hat.“

Nach Auffassung der Gewerkschaft der Polizei reicht es nicht aus, sich in der derzeitigen Situation, deren Ende nicht absehbar ist, durch gegenseitiges Schulterklopfen zu motivieren. Für die Kolleginnen und Kollegen wird die Kluft zwischen den Sonntagsreden der Politiker, in denen diese immer wieder ihre Wertschätzung beteuern, und der Realität immer größer. Deshalb erwartet die GdP, dass der Ministerpräsident und Landesvater die Situation der Polizei zur Chefsache erklärt.

Schumacher: „Selbstverständlich versuchen alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die an sie gestellten Anforderungen mit hohem Engagement und großer Professionalität zu bewältigen. Das gilt für Führungs- und Einsatzkräfte genauso wie für Verwal-



tungsbeamte und Tarifbeschäftigte. Aber das persönliche Engagement jedes Einzelnen kann nichts mehr ändern. Wir sind über dem Limit. Um die derzeitige Krise zu bewältigen, die in der Landespolizei schon lange umfänglich angekommen ist, reicht es nicht aus, einige wenige Pensionäre zu aktivieren und diese auf Geringverdiener-Basis zu beschäftigen.“

Auch das Aussetzen des Stellenabbaus war leider nur der berühmte Tropfen auf dem heißen Stein.

Der Einsatz aller zusätzlichen Stellen im Polizeivollzugsdienst wäre nach Auffassung der Gewerkschaft der Polizei aber unrealistisch.

„Vielfach reicht es, wenn Polizisten von administrativen Tätigkeiten entlastet werden. Dafür notwendige Arbeitskräfte sind am Arbeitsmarkt verfügbar. Parallel zur Neueinstellung von zusätzlichen Verwaltungsmitarbeitern benötigen wir einen deutlichen Ausbau des Einstellungskorridors auf mindestens 300 Neueinstellungen pro Jahr. Dazu sind die Voraussetzungen an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, Polizei und Rechtspflege in Güstrow zu schaffen“, so Schumacher weiter.

Weitere Forderungen und Lösungsvorschläge will die GdP in einem Gespräch mit dem MP erörtern.

SOCIAL MEDIA

GdP M-V auf Facebook



Klickt Euch „rein“, werdet Freunde. Und nicht vergessen, wenn's Euch gefällt: Klickt auf den „gefällt mir“-Button.

www.facebook.com/gdp_mv

LÄNDERWECHSEL

HH – MV

Beamtin, Dienstgrad PKin, Besoldung A 9 g. D., Besoldungsstufe 6, aus Hamburg (MA an einem PK), sucht Tauschpartner/-in in Mecklenburg-Vorpommern (egal). Ringtausch ist möglich.

Kontaktadresse: ankalue@web.de, Handy: 01 62/7 67 58 00



Belastungsgrenze bei der Polizei ist seit Langem erreicht

Zu Medienberichten über die zu hohe Belastung der Polizei wegen der gestiegenen Flüchtlingszahlen erklärt der innenpolitische Sprecher der Links-Fraktion, Peter Ritter: „Die Links-Fraktion dankt den Polizeibeamtinnen und -beamten, die durch das Demonstrationsgeschehen im Land und die Absicherung von Flüchtlingsunterkünften vor neue Herausforderungen gestellt sind. Die in diesem Zusammenhang beklagte zu hohe Belastung der Polizei liegt allerdings nur vordergründig am gewachsenen Zuzug von Flüchtlingen.

Die Belastungsgrenze ist seit Langem erreicht, Ausdruck einer seit vielen Jahren betriebenen falschen Personalpolitik: Personalabbau und in der Folge Überstunden und krankheitsbedingte Ausfälle.

Anstatt unverzüglich die erforderlichen Schlussfolgerungen zu ziehen, wurden Konsequenzen zur Personalentwicklung auf die Zeit nach dem nächsten Wahltermin verschoben. De-

batten zur Entlastung der Polizei bei artfremden Aufgaben wurden zwar geführt, aber nicht zu Ende gebracht. Wertvolle Zeit wurde so vertan. Es ist folgerichtig, dass die GdP jetzt zusätzliche 500 Beamtinnen und Beamte fordert. Allerdings stellt sich zugleich die Frage, woher diese kurzfristig kommen sollen – die Ausbildung dauert drei Jahre. Damit die Probleme nachhaltig gelöst werden können, müssen

DIE LINKE.

Fraktion im Landtag
Mecklenburg-Vorpommern

zunächst die Ausbildungskapazitäten an der Fachhochschule in Güstrow erhöht werden. Auch die Evaluierung der Polizeistrukturereform muss jetzt und nicht erst in einem Jahr zu Ende gebracht werden.

Angesichts der zunehmenden Demonstrationen ist zu überlegen, ob durch die Ordnungsbehörden stringenter Auflagen verhängt werden können. So muss hinterfragt werden, ob sogenannten Asylgegnern die Möglichkeit zugestanden werden muss, vor Asylbewerberunterkünften zu demonstrieren, oder ob es an geschichtsträchtigen Tagen wie dem 9. November möglich sein muss, menschenverachtendes Gedankengut auf die Straßen und Plätze dieses Landes zu tragen.“

DER LANDESVORSTAND

Geistige Brandstifter stoppen – Gewalt nicht zulassen!



„Gewalt gegen politisch Andersdenkende und gegen die zum Schutz des Grundrechts auf Versammlungsfreiheit eingesetzte Polizei ist nicht zu tolerieren!“, so der Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Christian Schumacher. Insbesondere die Ereignisse bei den letzten Demonstrationen in Rostock und Stralsund, aber auch die Anschläge auf die beiden SPD-Landtagsabgeordneten Susann Wippermann in Ribnitz-Damgarten und Patrick Dahlemann in Torgelow zeigen, dass die Anwendung von Gewalt gegen Personen und Sachen auch in Mecklenburg-Vorpommern immer

mehr ein „legitimes Protestmittel“ wird. Oft ist es nur der professionellen Arbeit der eingesetzten Polizisten und Polizistinnen zu verdanken, dass nicht mehr Verletzte und Sachschäden zu beklagen sind. Die von Demonstration zu Demonstration hastenden Frauen und Männer kommen dabei aber auch immer stärker an den Rand der physischen und psychischen Belastbarkeit.

„Wir leben in einer gesellschaftspolitisch schwierigen Zeit. Doch politische Probleme sind mit dem Mittel der Politik und nicht mit dem Mittel der Gewalt zu lösen“, so Schumacher abschließend.

DER LANDESVORSTAND



Am Ende des Jahres wünschen wir allen Kolleginnen und Kollegen, und natürlich auch deren Familien, ein schönes Weihnachtsfest sowie ein gesundes, erfolgreiches Jahr 2015.

Der Landesvorstand



ZUR PERSÖNLICHEN MEINUNGSBILDUNG

Cannabis-Konsum entkriminalisieren, Polizei und Staatsanwaltschaften entlasten



MdL Saalfeld (Bündnis 90/Die Grünen-Rostock)

Die Grünen im Landtag fordern ein Ende der Strafverfolgung bei Besitz oder Konsum von geringen Mengen Cannabis. Wie in anderen Bundesländern bereits gelebte Praxis, sollen in Zukunft auch in Mecklenburg-Vorpommern Polizei und Staatsanwaltschaft bei Mengen bis zu 10 Gramm keine aufwändigen Ermittlungsverfahren gegen erwachsene Konsumenten einleiten. Konkret fordern die Grünen die Landesregierung auf, endlich eine Verwaltungsvorschrift zu erlassen, nach der Polizei und Staatsanwaltschaften bei geringen Mengen Cannabis ihre Ermittlungen auf das absolut notwendige Maß reduzieren.

Diese Praxis geht auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 1994 zurück, wonach das Cannabisverbot nur dann nicht gegen die Verfassung verstößt, wenn bei geringen Mengen nicht zwangsläufig eine Strafverfolgung droht. Viele Bundesländer haben deshalb diese Menge auf 6 Gramm festgelegt. Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz haben 10 Gramm, Berlin bis zu 15 Gramm als sogenannte ‚geringe Menge‘ definiert.

Nur hierzulande gibt es keine entsprechende Verwaltungsvorschrift. Infolgedessen ist die polizeiliche Ermittlungstätigkeit fast unabhängig von der vorgefundenen Menge sehr umfangreich, obwohl die Staatsanwaltschaften auch hier im Land die Verfahren bei einer Menge von bis zu 6 Gramm regelmäßig einstellen. „Die Polizei ermittelt also häufig für den Papierkorb. Diese unsinnige Bürokratie auf dem Rücken der Polizei kann durch eine entsprechende Verwaltungsvorschrift beendet werden“, so der innenpolitische Sprecher der Grünen im Landtag, Johannes Saalfeld.

Nach Ansicht der Grünen ist die Prohibitions politik im Bereich von Cannabis gescheitert. Viel Geld wurde für die Repression ausgegeben. Der Konsum ist trotzdem gestiegen. Cannabis ist die am häufigsten konsumierte illegale

Droge in Deutschland. Die Legalisierung von Cannabis lässt jedoch weiter auf sich warten, obwohl sich Mediziner, Strafrechtsprofessoren und Kriminalbeamte in den letzten Wochen und Monaten wiederholt für eine kontrollierte Abgabe ausgesprochen haben. Anfang des Jahres hat die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen einen Gesetzentwurf vorgelegt, mit welchem Kinder und Jugendliche geschützt und erwachsene Konsumenten nicht mehr kriminalisiert werden. „Doch auch auf Landesebene können Schritte zur Entkriminalisierung des Cannabis-Konsums unternommen werden. Deswegen haben wir heute gefordert, endlich eine entsprechende Verwaltungsvorschrift zu erlassen und damit Polizei und Staatsanwaltschaften zu entlasten“, so Saalfeld.

Grüne wollen keine Entlastung der Polizei, sondern die Legalisierung von Cannabis

Die CDU-Landtagsabgeordnete Maika Friemann-Jennert hat die Forderung der Grünen, die Ermittlungstätigkeit beim Konsum von Cannabis zu beschränken, im Vorfeld der heutigen Landtagsdebatte zurückgewiesen.

„Die Grünen im Land sind nicht gerade als Unterstützer der Polizei bekannt. Die Grünen fordern die Abschaffung des Polizeihubschraubers, die Einführung der Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte, Kürzungen bei der Ausrüstung, die Abschaffung von Maschinenpistolen bei der Landespolizei und den Verzicht auf Polizeihunde bei Demonstrationen. Ich nehme den Grünen deshalb nicht ab, dass es ihnen um eine Entlastung der Polizei geht. Es

geht ihnen vielmehr darum, die Legalisierung von Cannabis voranzubringen“, sagte Maika Friemann-Jennert im Vorfeld der Debatte. „Cannabis ist eine gefährliche Einstiegsdroge, die zu gesundheitlichen Schäden führt. Für mich ist Drogensucht eine Krankheit. Es kann nicht unsere Aufgabe sein, dieser Krankheit auch noch Vorschub zu leisten. Vor allem der frühe Einstieg in den Konsum, also vor dem 18. Lebensjahr, erhöht das Risiko für den späte-

ren Konsum anderer Drogen. Mit der weiteren Erhöhung der Eigenbedarfsgrenze setzen wir nach außen ein völlig falsches Zeichen und spielen die Gefahr dieser Droge herunter. Die derzeitige Gesetzeslage hat schon zu einem verminderten Unrechtsbewusstsein bei Kindern und Jugendlichen geführt. Einer weiteren Aufweichung wird die CDU-Fraktion nicht zustimmen, wir werden den Antrag deshalb ablehnen“, erklärte die CDU-Politikerin.



BILDUNGSREISE

„Der Sonne entgegen“

– Polizisten aus M-V zum Austausch in Frankreich –

Jedes Jahr im September, wenn die Blätter so langsam den Boden fallen und die Temperaturen sich wieder im langsamen Sinkflug befinden, fährt ein Bus mit gut gelaunten Polizisten in Richtung Südfrankreich. Was sie begleitet ist Vorfreude und Spannung auf das, was sie in der Polizeischule Nîmes beim alljährlich stattfindenden Austausch mit französischen Polizisten erwartet.

Und so hoch die Erwartungen auch waren, sie wurden vermutlich bei jedem dennoch übertraffen.

Nach Ankunft konnten die Teilnehmer des Seminars sofort in die französische Kultur eintauchen. Die Feria, eine Art Stadtfest, bei dem der Stier inklusive Stierkampf im Mittelpunkt steht, ließ die Gäste aus Mecklenburg-Vorpommern die 25-stündige Busfahrt vergessen. Bei einem Stadtrundgang wurden die Sehenswürdigkeiten der Stadt Nîmes erkundet.

Aber nicht nur die französische Kultur stand auf dem Programm, sondern vor allem die Arbeit der französischen Polizei. In X-Ville, einer Übungsstadt, konnten sich die Gäste aus Mecklenburg-Vorpommern ein Bild von den Ausbildungsmöglichkeiten machen, die die Polizeischule in Nîmes bietet. So können hier die Polizeischüler Einsatzszenarien üben, die dann im Anschluss mithilfe von Kameraaufnahmen durch den Ausbilder ausgewertet werden. Auch einem morgendlichen Appell auf dem Antreplatz konnten die Polizisten aus Deutschland beiwohnen. Die militärische Art der Polizeiausbildung in Frankreich unterscheidet sich doch ein wenig von der Ausbildung in Deutschland bzw. Mecklenburg-Vorpommern.

Interessiert waren die deutschen Polizisten auch an den Waffen ihrer französischen Kollegen. Nach einer Vorstellung der unterschiedlichen Modelle konnten diese dann auch ausprobiert und geschossen werden.

Eine luftige Bootsfahrt unternahmen die Kollegen der Gendarmerie Maritime in Sete mit ihren deutschen Gästen. Nach einem Vortrag über den Auftrag und die Einsatztechnik der französischen Wasserschutzpolizei, ging es bei nicht ganz windstillen Bedingungen mit dem Einsatzboot auf Wasser.

Ein weiterer Höhepunkt war sicherlich der Besuch in der Polizeidirektion Montpellier. Bei einem Rundgang durch das Gebäude erhielten die Gäste aus Mecklenburg-Vorpommern einen Einblick in die Videüberwachung der



Polizisten aus M-V bei der Gendarmerie Maritime.

Stadt Montpellier, die an diesem Tag besonders interessant war, da der französische Staatspräsident François Hollande zu Besuch in Montpellier war. Ein reger Austausch zwischen den französischen und deutschen Polizisten fand auch im Bereich der Gewahrsamszellen statt. Hier ging es unter anderem um die unterschiedlichen rechtlichen Regelungen und das Prozedere bei einer Ingewahrsamnahme.

Abgerundet wurde dieser Austausch durch landeskundliche Unternehmungen, wie beispielsweise einem Ausflug zum Pont du Gard, einem römischen Aquädukt in der Nähe von Nîmes, und

den abendlichen Austauschen mit französischen Polizeischülern. Ein besonderer Dank gilt dem Deutsch-Französischen Jugendwerk, der Kreisarbeitsgemeinschaft „Arbeit und Leben“ Rostock e.V. und deren französischem Pendant Leo Lagrange, der Polizeischule Nîmes und natürlich der Gewerkschaft der Polizei, ohne die diese jährlich stattfindenden Austausche nicht möglich wären. Mit einem Zuwachs an Erfahrungen und eindrucksvollen Erlebnissen ging es dann für die deutschen Polizisten aus der Sonne Südfrankreichs ins herbstliche Mecklenburg-Vorpommern. **Jens Lembke**

Wenn schon POLIZEI in M-V



dann auch GdP in M-V



BEIHILFENOTFALLBEAUFTRAGTE

Kollegen helfen Kollegen

Am 14. Oktober fand in Neubrandenburg die konstituierende Sitzung der Arbeitsgruppe Beihilfenotfallbeauftragte statt. Der auf der 5. Seniorenkonferenz der GdP Mecklenburg-Vorpommern gefasste Beschluss, Beihilfenotfallbeauftragte einzurichten, soll zügig umgesetzt werden.

In der Vergangenheit hat es mehrfach Fälle gegeben, wo Betroffene oder deren Familienangehörige aus unterschiedlichen Gründen nicht mehr in der Lage waren, den mit der Beihilfe verbundenen Verpflichtungen nachzukommen. Die angedachte Unterstützung soll in außergewöhnlichen Härtefällen greifen. Dieser Service wird durch die GdP kostenfrei gewährt.

Die in der Sitzung erörterten Themen waren sehr vielfältig. So wurden nicht nur die Anspruchsvoraussetzungen, Umfang und Grenzen der Hilfe, Vollmacht- und Kostenfragen beleuchtet. Auch die rechtliche Absicherung der Helfenden im Unterstützungsfall waren Thema.



Im Ergebnis intensiver Diskussionen wurde der nächste Arbeitsschwerpunkt fixiert, der die Ferti-

gung eines Entwurfs für einen klaren Verfahrensweg für die Inanspruchnahme der Unterstützung liefert. Renate Randel erklärte sich freundlicherweise bereit, diesen zu erstellen. Anschließend wird der Entwurf durch die Mitglieder der Arbeitsgruppe erneut beraten und nach Zustimmung im Anschluss durch die Rechtsabteilung der GdP geprüft, um allen Belangen Rechnung zu tragen.

POLIZEI
DEIN PARTNER
Gewerkschaft der Polizei

Wir brauchen dich!

Der VDP – der Verlag deiner Gewerkschaft – sucht Kollegen, die neben Beruf oder Ruhestand Zeit und Lust für eine gut bezahlte Tätigkeit als freiberuflicher Anzeigenverkäufer in Niedersachsen haben.

Hilf uns, unsere Präventions- und Festschriften für die GdP in Niedersachsen zu bewerben und herauszubringen. Nähere Informationen erhältst du unter www.VDPolizei.de. Oder ruf uns an unter Telefon 0211/7104-183 (Antje Kleuker).

Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit dir!



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon 02 11 / 71 04-183, Frau Antje Kleuker
Antje.Kleuker@VDPolizei.de
www.VDPolizei.de



Für Ideen und Hinweise ist die Arbeitsgruppe jederzeit dankbar. Diese bitte per Mail an:

panders6@icloud.com oder
Renate.Randel@web.de senden.

Kollegen oder Senioren, die gern anderen Hilfe und Unterstützung zukommen lassen möchten und sich vorstellen könnten, als Beihilfenotfallbeauftragte/er tätig zu werden, melden sich bitte bei Andreas Wegner. Andreas ist zu erreichen über das Festnetz: 03 95/55 82 27 20 oder unter der Rufnummer: 01 73/ 2 05 90 98.

Peter Anders



DEUTSCH-POLNISCHE ZUSAMMENARBEIT

Stadtjubiläum Swinemünde

Auf Einladung des Vorsitzenden des „Vereins der Rentner der polnischen Polizei in Swinoujscie“ Ryszard Churawski machten sich 10 Kolleginnen und Kollegen der Kreisgruppe Neubrandenburg und Rostock unter Leitung unserer stellv. Landesseniorenvorsitzenden Renate Randel am 10. Oktober 2015 nach Swinemünde auf den Weg.

Der Grund für diese Reise lag in dem Jubiläum der Stadt selbst, denn die Stadt feiert den 70. Jahrestag als polnisches Swinemünde und seine 250 Jahre polnisch-deutsche Geschichte.

Eine herzliche, freundschaftliche Begrüßung erwartete uns im Museum für Stadtgeschichte an der Swine durch Ryszard Churawski und seine Senioren.

Durch den Vortrag der Museumsdirektorin Barbara Adamczewska wurde uns die Stadtgeschichte der westpommerschen Hafenstadt nähergebracht.

Das Museum hat drei interessante Etagen:

- Hochseefischerei,
- Meeresaquarien und
- Stadtgeschichte,

die wir individuell erkunden konnten. Es lohnt sich wirklich dieses Museum zu besuchen.

Bei einem Spaziergang konnten wir auf dem „Platz der Freiheit“ die öffentliche Fotoausstellung Swinoujscie gestern und heute anschauen.

Es wird sehr viel Neues gebaut und Altes restauriert. Bei einem gemeinsamen Spaziergang bei Sonnenschein konnten wir uns von der Restauration der Villen der 20er-Jahre überzeugen.

Für das leibliche Wohl hatte Ryszard wie immer gesorgt, im Museum mit einem herrlichen Imbiss und am späten Nachmittag mit einem schmackhaften Mittagessen.

Diese partnerschaftliche Zusammenarbeit der deutschen und polnischen Rentner und Pensionäre der Polizei, die 2008 begann, festigt sich durch diese gemeinsamen Besuche und gemeinsamen Unternehmungen.

Ich möchte nicht unerwähnt lassen, dass es dem stellv. Stadtpräsidenten wichtig gewesen war, unsere Delegation persönlich zum Stadtjubiläum im Hinblick auf die gemeinsame Geschichte zu begrüßen. „Auf dem Fundament einer guten Nachbarschaft wächst Zusammenarbeit und Freundschaft. Die Sprachbarrieren, die noch vorhanden sind, werden durch den Deutschunterricht in der Schule irgendwann verschwinden“, so die



Swinoujscie „Platz der Freiheit“: Rostocker und Neubrandenburger GdP-Senioren, Ryszard Churawski und polnische Senioren vom Polizeiverein.

Auffassung des stellv. Stadtpräsidenten.

Ein großes Dankeschön geht an Ryszard Churawski und seine Senioren sowie an die sympathische Dolmetscherin für die uns erwiesene Gastfreundschaft.

Tipp: Falls ich Euer Interesse an dieser Stadt für einen Tagesausflug

oder Kurzurlaub geweckt habe, macht Euch mit der Fahrtstrecke vertraut, denn es gibt den Ort Ahlbeck zweimal an der polnischen Grenze. Wer nur auf sein Navi vertraut, hat dann ein Dörfchen Ahlbeck (Uecker-münder Heide) entdeckt, jedoch weit weg vom Ostseebad Ahlbeck und Swinemünde.

Regina Terrey



Unsere Aufgabe ist es, den Schutz der Demo zu gewährleisten. Wir schützen nicht das Thema oder das Motto. Wir schützen das Versammlungsrecht.

